

**ILMTALKLINIK-DIENSTLEISTUNGSGESELLSCHAFT MIT
BESCHRÄNKTER HAFTUNG
PFAFFENHOFEN A.D. ILM**

**BERICHT ÜBER DIE PRÜFUNG
DES JAHRESABSCHLUSSES ZUM 31. DEZEMBER 2023
UND DES LAGEBERICHTS FÜR
DAS GESCHÄFTSJAHR 2023**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
ANLAGENVERZEICHNIS	3
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	4
A. PRÜFUNGSaufTRAG	5
B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	7
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung	7
II. Wichtige Veränderungen bei den rechtlichen und steuerlichen Verhältnissen	7
C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	8
D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG	10
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	10
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	10
2. Jahresabschluss	10
3. Lagebericht	11
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen	12
III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	13
1. Vermögenslage (Bilanz)	13
2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	15
3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)	16
E. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSaufTRAGS	17
Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	17
F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS	18

ANLAGENVERZEICHNIS

- I. Bilanz zum 31. Dezember 2023
- II. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2023
- III. Anhang für das Geschäftsjahr 2023
- IV. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023
- V. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
- VI. Rechtliche Verhältnisse
- VII. Steuerliche Verhältnisse
- VIII. Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AktG	Aktiengesetz
DRS	Deutsche Rechnungslegungs Standards
DRSC	Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V., Berlin
GewStG	Gewerbsteuergesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
HFA	Hauptfachausschuss des IDW
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HR	Handelsregister
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
IDW PS	IDW Prüfungsstandard
IDW PS 400 n. F.	IDW Prüfungsstandard: "Bildung eines Prüfungsurteils und Erteilung eines Bestätigungsvermerks" (Stand: 29.10.2021)
IDW PS 450 n. F.	IDW Prüfungsstandard: "Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten" (Stand: 28.10.2021)
IKS	Internes Kontrollsystem
ISA [DE]	International Standard on Auditing (übersetzt und ergänzt; siehe ISA [DE] 200 Tz. D.2.1)
ISA [DE] 200	International Standard on Auditing: „Übergeordnete Ziele des unabhängigen Prüfers und Grundsätze einer Prüfung in Übereinstimmung mit den International Standards on Auditing“ (Stand: 28.09.2022)
JA	Jahresabschluss
KStG	Körperschaftsteuergesetz
LB	Lagebericht
TEUR	Tausend Euro
Tz.	Textziffer
UR-Nr.	Urkundenrollen-Nummer
UStG	Umsatzsteuergesetz
WPH 2023	Wirtschaftsprüfer Handbuch 2023, 18. Auflage, Düsseldorf 2023

A. PRÜFUNGSaufTRAG

Die Geschäftsführung der

Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung,
Pfaffenhofen a.d. Ilm

- im Folgenden auch kurz "ITK DL GmbH" oder "Gesellschaft" genannt -

hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 der Gesellschaft nach berufsbüchlichen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten.

Dem Prüfungsauftrag vom 29. November 2023 lag der Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 29. November 2023 zugrunde, auf der wir zum Abschlussprüfer gewählt wurden (§ 318 Abs. 1 Satz 1 HGB). Wir haben den Auftrag mit Schreiben vom 10. Januar 2024 angenommen.

Die Gesellschaft ist nach den in § 267 Abs. 1 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen und daher nicht prüfungspflichtig gemäß §§ 316 ff. HGB. Die Prüfungspflicht ergibt sich aus Art. 82 Abs. 1 Nr. 2 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern. Danach ist der Jahresabschluss nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften zu erstellen und zu prüfen. Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG zu beachten.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung, Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB sowie die Darstellung wichtiger Veränderungen bei den rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnissen der Gesellschaft.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C. und D. im Einzelnen dargestellt. Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt F. wiedergegeben.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss, bestehend aus der Bilanz (Anlage I), der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage II) und dem Anhang (Anlage III) sowie den geprüften Lagebericht (Anlage IV) beigefügt.

Die rechtlichen und steuerlichen Verhältnisse haben wir in den Anlagen VI bis VII tabellarisch dargestellt.

Den Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG haben wir als Anlage VIII beigefügt.

Der Durchführung des Auftrags und unserer Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigefügten "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024" zugrunde. Wir verweisen ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten.

B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat im Lagebericht (Anlage IV) auf Grundlage des von ihr aufgestellten Jahresabschlusses auf den 31. Dezember 2023 (Anlagen I bis III) und weiterer Unterlagen, insbesondere der Unternehmensplanung für das Jahr 2024, die wirtschaftliche Lage des Unternehmens beurteilt.

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens unter Berücksichtigung des Lageberichts ein. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage des Unternehmens ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben.

Folgende Kernaussagen im Lagebericht sind hervorzuheben:

- Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 4 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag TEUR 47) ab.
- Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 24,2 % (im Vorjahr 27,4 %).
- Für das Geschäftsjahr 2024 sieht der Wirtschaftsplan ein Jahresfehlbetrag von TEUR 15 vor.

Als Abschlussprüfer nehmen wir hierzu wie folgt Stellung:

- Auf Grund gestiegener Umsatzerlöse um 652 TEUR konnte trotz höherer Ausgaben, insbesondere im Personalbereich (Erhöhung um 368 TEUR) sowie im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (Erhöhung um 300 TEUR), das Ergebnis leicht positiv gehalten werden.
- Die Eigenkapitalquote ist im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 % zurückgegangen. Das Fremdkapital besteht im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.
- Die Planung sieht dabei eine Reduzierung der Umsatzerlöse von rund 47 TEUR vor. Dies ist vor allem durch die einmalige Übernahme des Inflationsausgleiches in 2023 durch die Ilmtalklinik begründet.

Die oben angeführten Hervorhebungen werden unten in Abschnitt D. III. durch analysierende Darstellungen wesentlicher Aspekte der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergänzt.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage der Gesellschaft einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand des Unternehmens gefährdet wäre.

II. Wichtige Veränderungen bei den rechtlichen und steuerlichen Verhältnissen

Herr Ingo Goldammer wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 29.11.2023 mit Ablauf des 31.12.2023 als Geschäftsführer abberufen.

Im Übrigen werden die rechtlichen und steuerlichen Verhältnisse im Berichtsjahr in den Anlagen VI bis VII tabellarisch dargestellt.

C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 (Anlagen I bis III) und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 (Anlage IV) sowie die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

Den Lagebericht haben wir auch daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den gesetzlichen Vorstellungen entspricht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft einschließlich der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung vermittelt.

Der Prüfungsauftrag wurde durch die Geschäftsführung um nachfolgende Prüfungen erweitert:

- Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG);

Über die vorgenannten Prüfungen wird in Abschnitt E. jeweils gesondert berichtet.

Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrags.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist für die Buchführung, die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht, die dazu eingerichteten Kontrollen sowie die uns gemachten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von der Geschäftsführung vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfungsarbeiten haben wir - mit Unterbrechungen - in der Zeit vom 29. April 2024 bis zum 03. Juli 2024 in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Pfaffenhofen a.d. Ilm und in unserem Büro in Hof durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichts.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 28. Juni 2023 versehene Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2022; er wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 12. Juli 2023 unverändert festgestellt.

Als Prüfungsunterlagen dienten uns die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, Bestätigungen der Kreditinstitute sowie das Akten- und Schriftgut der Gesellschaft.

Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns von der Geschäftsführung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögensgegenstände/Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahrs haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

Bei Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die

vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert - jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung - so angelegt, dass wir Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen.

Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Gesellschaft und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde (risikoorientierter Prüfungsansatz). Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind aus der Prüfung des Vorjahresabschlusses, aus Gesprächen mit der Geschäftsführung und Mitarbeitern der Gesellschaft bekannt.

Aus den im Rahmen der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Entwicklung und Bewertung des Anlagevermögens
- Werthaltigkeit der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände
- Vollständigkeit und Angemessenheit der Rückstellungen
- Vollständigkeit der Verbindlichkeiten
- weitere Einzelsachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Zur Prüfung des Nachweises der Vermögens- und Schuldposten der Gesellschaft haben wir Bankbestätigungen und Rechtsanwaltbestätigungen sowie Saldenbestätigungen für Forderungen und Verbindlichkeiten eingeholt.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen der Gesellschaft erfolgt auf einer eigenen EDV-Anlage unter Verwendung des EDV-Systems SAP/R3 der SAP Deutschland SE & Co. KG, Walldorf (Finanz- und Anlagenbuchhaltung).

Die Lohn- und Gehaltsabrechnung der Gesellschaft erfolgt auf einer eigenen EDV-Anlage unter Verwendung des Programms AKDB Version 6.1.00-0, der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern, München.

Das von der Gesellschaft eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) sieht dem Geschäftszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor. Die Verfahrensabläufe in der Buchführung haben im Berichtszeitraum keine nennenswerten organisatorischen Veränderungen erfahren.

Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher wurden zutreffend mit den Zahlen der von uns geprüften Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Geschäftsjahrs ordnungsgemäß geführt.

Die Informationen, die aus den weiteren geprüften bzw. zur Prüfung herangezogenen Unterlagen entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften bzw. zur Prüfung herangezogenen Unterlagen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (oder sonstiger maßgeblicher Rechnungslegungsgrundsätze; und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags) entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

2. Jahresabschluss

Die Gesellschaft ist zum Abschlussstichtag als kleine Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 1 HGB einzustufen.

Auf die Rechnungslegung der Gesellschaft finden gemäß Art. 28 Abs. 1 Nr. 2 der Landkreisordnung für den Freistaat Bayern die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften i. S. v. § 267 Abs. 3 HGB Anwendung.

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurde nach den handelsrechtlich geltenden Vorschriften für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags aufgestellt.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Gliederung der Bilanz (Anlage I) erfolgt nach dem Schema des § 266 Abs. 2 und 3 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage II) wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Soweit in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgen

die entsprechenden Angaben weitgehend im Anhang.

In dem von der Gesellschaft aufgestellten Anhang (Anlage III) sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

Der Jahresabschluss entspricht damit nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.

3. Lagebericht

Die Prüfung des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2023 (Anlage IV) hat ergeben, dass der Lagebericht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags entspricht.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften entspricht und in seiner Gesamtaussage, wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang ergibt, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung oder sonstiger maßgeblicher Rechnungslegungsgrundsätze ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt (§ 264 Abs. 2 HGB).

Im Übrigen verweisen wir hierzu auch auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Abschnitt D. III.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

In dem Jahresabschluss der Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zugrundegelegt:

- Die Bewertung der Zugänge im Sachanlagevermögen erfolgt zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Die Abschreibungen erfolgten linear, wobei im Jahr des Zugangs die Abschreibungen pro rata temporis erfolgen.
- Die geringwertigen Anlagegüter, die einer selbständigen Nutzung fähig sind und deren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten für das einzelne Anlagegut ohne Umsatzsteuer EUR 250,00 nicht übersteigen, wurden als Verbrauchsgüter behandelt und nicht aktiviert. Bewegliche Gegenstände des Anlagevermögens bis zu einem Wert von EUR 1.000,00 ohne Umsatzsteuer wurden im Zugangsjahr gemäß § 6 Abs. 2a EStG mit einer Nutzungsdauer von 5 Jahren abgeschrieben.
- Die Vorräte sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips bewertet. Alle erkennbaren Risiken im Vorratsvermögen, die sich aus überdurchschnittlicher Lagerdauer, geminderter Verwertbarkeit und/oder niedrigeren Wiederbeschaffungskosten ergeben, sind durch angemessene Wertabschläge berücksichtigt. In allen Fällen wurde verlustfrei bewertet, d.h. soweit die voraussichtlichen Verkaufspreise abzüglich der bis zum Verkauf anfallenden Kosten zu einem niedrigeren beizulegenden Wert führen, wurden entsprechende Abwertungen vorgenommen.
- Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit ihrem Nominalbetrag entsprechend der zum Abschlussstichtag bewirkten Dienstleistungen und in Anspruch genommenen Nutzungen vollständig ausgewiesen. Für das allgemeine Ausfallrisiko wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 0,5 % der Forderungen aus Physikalischer Therapie gebildet.
- Der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert bilanziert.
- Die Rückstellungen werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu ihrem Erfüllungsbetrag gebildet und sind so bemessen, dass sie allen erkennbaren und ungewissen Verpflichtungen Rechnung tragen.
- Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden grundsätzlich unverändert zum Vorjahr angewendet

Im Übrigen verweisen wir hierzu auf die Ausführungen im Anhang (Anlage III).

III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Die Analyse ist nicht auf eine umfassende Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft ausgerichtet. Zudem ist die Aussagekraft von Bilanzdaten - insbesondere aufgrund des Stichtagsbezugs der Daten - relativ begrenzt.

1. Vermögenslage (Bilanz)

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2023 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2022 gegenübergestellt (vgl. Anlage I).

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem mittel- und kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristig (Fälligkeit größer als fünf Jahre) bzw. mittelfristiger (Fälligkeit zwischen ein und fünf Jahren) und kurzfristiger Verfügbarkeit (Fälligkeit kleiner als ein Jahr) erfolgt.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen in TEUR für die beiden Abschlussstichtage 31. Dezember 2023 und 2022:

Vermögensstruktur

	2023		2022		+/- TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Sachanlagen	79	11	83	13	-4
Langfristig gebundenes Vermögen	79	11	83	13	-4
Vorräte	30	4	27	4	3
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	138	19	93	15	45
Forderungen im Verbundbereich	450	62	384	61	66
Sonstige Vermögensgegenstände	7	1	0	0	7
Kurzfristig gebundenes Vermögen	625	86	504	80	121
Liquide Mittel	21	3	41	7	-20
	725	100	628	100	97

Kapitalstruktur

	2023		2022		+/- TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Gezeichnetes/Eingefordertes Kapital	51	7	51	8	0
Bilanzgewinn	124	17	121	19	3
Eigenkapital	<u>175</u>	<u>24</u>	<u>172</u>	<u>27</u>	<u>3</u>
Kurzfristige Sonstige Rückstellungen	108	15	132	21	-24
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36	5	0	0	36
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	108	15	100	16	8
Kurzfristige Verbindlichkeiten im Verbundbereich	277	38	211	34	66
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	<u>21</u>	<u>3</u>	<u>13</u>	<u>2</u>	<u>8</u>
Kurzfristiges Fremdkapital	<u>550</u>	<u>76</u>	<u>456</u>	<u>73</u>	<u>94</u>
	<u>725</u>	<u>100</u>	<u>628</u>	<u>100</u>	<u>97</u>

2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde von uns die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) gemäß DRS 21 zur Kapitalflussrechnung mit entsprechendem Vorjahresausweis erstellt:

	TEUR	2023 TEUR	2022 TEUR
Periodenergebnis	4		-47
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	20		33
- / + Abnahme/Zunahme der Rückstellungen	-24		67
- / + Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind)	-121		54
+ / - Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind)	81		-5
+ Zinsaufwendungen	1		0
- Ertragsteuerertrag	0		-1
+ Ertragsteuererstattungen	0		1
= Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit		<u>-39</u>	<u>102</u>
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-16		-26
= Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit		<u>-16</u>	<u>-26</u>
- Gezahlte Zinsen	-1		0
= Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit		<u>-1</u>	<u>0</u>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds		<u>-56</u>	<u>76</u>
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	41		-35
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode		<u><u>-15</u></u>	<u><u>41</u></u>
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds am Ende der Periode			
+ Zahlungsmittel		21	41
- Jederzeit fällige Bankverbindlichkeiten		<u>-36</u>	0
		<u><u>-15</u></u>	<u><u>41</u></u>

3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage II) abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen der beiden Geschäftsjahre 2023 und 2022 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	2023		2022		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	4.323		3.671		652	18
Betriebsleistung	4.323	100	3.671	100	652	18
Materialaufwand	-1.689	-39	-1.389	-38	-300	-22
Personalaufwand	-2.371	-55	-2.003	-55	-368	-18
Abschreibungen	-20	0	-33	-1	13	39
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-326	-8	-316	-9	-10	-3
Betriebsaufwand	-4.406	-102	-3.741	-103	-665	-18
Sonstige betriebliche Erträge	88	2	22	1	66	>100
Betriebsergebnis	5	0	-48	-2	53	>100
Finanz- und Beteiligungsergebnis	-1		0		-1	
Ergebnis vor Ertragsteuern	4		-48		52	
Ertragsteuern	0		1		-1	
Jahresergebnis	<u>4</u>		<u>-47</u>		<u>51</u>	

Das im Vorjahresvergleich um 51 TEUR gestiegene Jahresergebnis ist durch den Anstieg der Umsatzerlöse und sonstigen Erträge vor allem im Bereich der Reinigungsdienstleistung zustande gekommen. Materialaufwand und Personalaufwand sind in etwas geringerem Maße gestiegen.

E. FESTSTELLUNGEN AUS ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSaufTRAGS

Über das Ergebnis von Erweiterungen des Prüfungsauftrags, die sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergeben und sich nicht unmittelbar auf den Jahresabschluss oder Lagebericht beziehen, berichten wir in diesem Berichtsabschnitt.

Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und den hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der Anlage VIII dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 (Anlagen I bis III) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 (Anlage IV) der Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Pfaffenhofen a.d. Ilm, unter dem Datum vom 03. Juli 2024 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Pfaffenhofen a.d. Ilm

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Pfaffenhofen a.d. Ilm, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Pfaffenhofen a.d. Ilm, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt wer-

- den, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkei-
ten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kon-
trollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um
Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht
mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
 - beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungsle-
gungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten
Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
 - ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern ange-
wandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der
Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit
Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft
zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass
eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehö-
rigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Anga-
ben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfol-
gerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungs-
nachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesell-
schaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
 - beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der An-
gaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so dar-
stellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buch-
führung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertrags-
lage der Gesellschaft vermittelt.
 - beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung
und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
 - führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientier-
ten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen
wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrun-
de gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsori-
entierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientier-
ten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebli-
ches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Anga-
ben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die
Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer
Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hof, 03. Juli 2024

SGH Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

André Lorenz
Wirtschaftsprüfer

Josef Hauke
Wirtschaftsprüfer"

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F.).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

ILMTALKLINIK-DIENSTLEISTUNGSGESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG, PFAFFENHOFEN A.D. ILM
BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2023

AKTIVA

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>78.955,00</u>	<u>82.500,00</u>
	78.955,00	82.500,00
	78.955,00	82.500,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	25.069,79	22.941,63
2. Fertige Erzeugnisse und Waren	<u>5.241,41</u>	<u>3.974,36</u>
	30.311,20	26.915,99
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	137.808,04	93.410,11
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	449.438,29	383.887,16
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>7.330,66</u>	<u>46,83</u>
	594.576,99	477.344,10
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	<u>21.443,83</u>	<u>40.740,92</u>
	<u>646.332,02</u>	<u>545.001,01</u>
	<u>725.287,02</u>	<u>627.501,01</u>

PASSIVA

	31.12.2023 EUR	31.12.2022 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	51.129,19	51.129,19
II. Gewinnvortrag	120.371,62	167.533,41
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>3.709,06</u>	<u>-47.161,79</u>
	175.209,87	171.500,81
B. RÜCKSTELLUNGEN		
Sonstige Rückstellungen	<u>107.994,59</u>	<u>132.075,92</u>
	107.994,59	132.075,92
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36.453,89	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	108.287,70	100.254,95
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	276.756,45	210.508,26
4. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>20.584,52</u>	<u>13.161,07</u>
	<u>442.082,56</u>	<u>323.924,28</u>
	<u>725.287,02</u>	<u>627.501,01</u>

**ILMTALKLINIK-DIENSTLEISTUNGSGESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG,
PFAFFENHOFEN A.D. ILM**

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023

	2023 EUR	2022 EUR
1. Umsatzerlöse	4.322.545,39	3.671.331,38
2. Sonstige betriebliche Erträge	87.921,19	22.132,09
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.417.745,68	-1.185.670,42
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-271.060,58</u>	<u>-203.086,00</u>
	-1.688.806,26	-1.388.756,42
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-1.986.509,51	-1.663.188,08
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-384.236,65</u>	<u>-339.760,80</u>
	-2.370.746,16	-2.002.948,88
5. Abschreibungen		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>-19.881,35</u>	<u>-32.980,27</u>
	-19.881,35	-32.980,27
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-326.396,75	-316.336,06
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,96	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-927,72	-265,88
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>-0,24</u>	<u>662,25</u>
10. Ergebnis nach Steuern	<u>3.709,06</u>	<u>-47.161,79</u>
11. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u><u>3.709,06</u></u>	<u><u>-47.161,79</u></u>

**ILMTALKLINIK-DIENSTLEISTUNGSGESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG,
PFAFFENHOFEN A.D. ILM**

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023

1. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mbH, Pfaffenhofen a. d. Ilm, ist eine kleine Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 1 HGB und beim Amtsgericht Ingolstadt unter der Nummer HRB 190804 registriert. Obwohl die Gesellschaft als kleine Kapitalgesellschaft gilt, stellt sie gemäß den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags den Jahresabschluss nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften sowie einen Lagebericht auf. Im Übrigen wurden die Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Beachtung der für Gesellschaften mit beschränkter Haftung geltenden Vorschriften beachtet.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

2. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Zugänge im **Sachanlagevermögen** erfolgt zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Die Abschreibungen erfolgten linear, wobei im Jahr des Zugangs die Abschreibungen pro rata temporis erfolgen.

Die geringwertigen Anlagegüter, die einer selbständigen Nutzung fähig sind und deren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten für das einzelne Anlagegut ohne Umsatzsteuer EUR 250,00 nicht übersteigen, wurden als Verbrauchsgüter behandelt und nicht aktiviert. Bewegliche Gegenstände des Anlagevermögens bis zu einem Wert von EUR 1.000,00 ohne Umsatzsteuer wurden im Zugangsjahr gemäß § 6 Abs. 2a EStG mit einer Nutzungsdauer von 5 Jahren abgeschrieben.

Die Nutzungsdauern der Gegenstände des Anlagevermögens orientieren sich an den allgemeinen steuerlichen AfA-Tabellen bzw. an den gewöhnlichen betrieblichen Nutzungsdauern. Sie belaufen sich auf 1 bis 12 Jahre.

Die **Vorräte** sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und unter Berücksichtigung des Niederstwertprinzips bewertet. Alle erkennbaren Risiken im Vorratsvermögen, die sich aus überdurchschnittlicher Lagerdauer, geminderter Verwertbarkeit und/oder niedrigeren Wiederbeschaffungskosten ergeben, sind durch angemessene Wertabschläge berücksichtigt. In allen Fällen wurde verlustfrei bewertet, d.h. soweit die voraussichtlichen Verkaufspreise abzüglich der bis zum Verkauf anfallenden Kosten zu einem niedrigeren beizulegenden Wert führen, wurden entsprechende Abwertungen vorgenommen.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** sind mit ihrem Nominalbetrag entsprechend der zum Abschlussstichtag bewirkten Dienstleistungen und in Anspruch genommenen Nutzungen vollständig ausgewiesen. Für das allgemeine Ausfallrisiko wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 0,5 % der Forderungen aus Physikalischer Therapie gebildet. Dies entspricht einem Wert von EUR 100,00 (i. Vj. EUR 100,00).

Der **Kassenbestand** und die **Guthaben bei Kreditinstituten** sind zum Nennwert bilanziert.

Die **Rückstellungen** werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu ihrem Erfüllungsbetrag gebildet und sind so bemessen, dass sie allen erkennbaren und ungewissen Verpflichtungen Rechnung tragen.

Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

3. Angaben zu den Posten der Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist im Anlagenspiegel (Anlage III, Seite 6), welcher Bestandteil dieses Anhangs ist, dargestellt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und Vermögensgegenstände haben, wie im Vorjahr, eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen mit TEUR 449 (i. Vj. TEUR 384) ausschließlich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

In den Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sind Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von TEUR 449 (i. Vj. TEUR 384) enthalten.

Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital beträgt EUR 51.129,19 und wurde von den Gesellschaftern in voller Höhe einbezahlt.

Rückstellungen

Nach § 249 HGB wurden sonstige Rückstellungen in Höhe von TEUR 108 (i. Vj. TEUR 132) gebildet. Im Wesentlichen sind darin Rückstellungen für Personalkosten i.H.v. TEUR 104 (i. Vj. TEUR 123) und Rückstellung für Prüfung und Beratung i.H.v. TEUR 4 (i. Vj. TEUR 9) enthalten.

Verbindlichkeiten

	Gesamtbetrag 31.12.2023 EUR	davon mit einer Restlaufzeit			Gesamtbetrag 31.12.2022 EUR
		bis zu 1 Jahr EUR	über 1 Jahr EUR	über 5 Jahre EUR	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	36.453,89	36.453,89	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	108.287,70	108.287,70	0,00	0,00	100.254,95
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	276.756,45	276.756,45	0,00	0,00	210.508,26
Sonstige Verbindlichkeiten	20.584,52	20.584,52	0,00	0,00	13.161,07
	442.082,56	442.082,56	0,00	0,00	323.924,28

Die Verbindlichkeiten des Vorjahres haben in voller Höhe eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind sämtlich weder durch Pfandrechte noch durch sonstige Rechte besichert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen mit TEUR 277 i. Vj. TEUR 211) betreffen den Liefer- und Leistungsverkehr mit TEUR 277 (i. Vj. TEUR 211).

Es bestehen Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von TEUR 277 (i. Vj. TEUR 211), welche unter den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ausgewiesen sind.

4. Angaben zu den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

	2023 EUR	2022 EUR
Küche/Kiosk	2.598.258,02	2.354.874,17
Physikalische Therapie	390.208,33	266.776,55
Hauswirtschaft/Reinigung	1.334.079,04	1.049.680,66
	4.322.545,39	3.671.331,38

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen Erträge enthalten im Wesentlichen TEUR 3 (Vorjahr TEUR 1) Boni aus Coronazahlungen, Zuschüsse zum Mutterschaftsgeld in Höhe von TEUR 4 (Vorjahr TEUR 21), Inflationszahlungen an Mitarbeiter TEUR 69 (Vorjahr TEUR 0) sowie Erträge aus Auflösung von Rückstellungen TEUR 5 (Vorjahr TEUR 0).

Materialaufwand

Der Materialaufwand in Höhe von TEUR 1.689 (Vorjahr TEUR 1.389) entfällt im Wesentlichen auf den Einkauf von Lebensmitteln zur zusätzlichen Beköstigung fremder Dritter Unternehmen und auf die von der Ilmtalklinik GmbH bezogenen Leistungen in Höhe von TEUR 271 (Vorjahr TEUR 203).

Personalaufwand

In der Position soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung sind Aufwendungen für Altersversorgung in Höhe von TEUR 1 (Vorjahr TEUR 1) enthalten.

Abschreibungen

Die Abschreibungen in Höhe von TEUR 20 (Vorjahr TEUR 33) entfallen auf Sachanlagen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 326 (Vorjahr TEUR 316) entfallen im Wesentlichen mit TEUR 219 (Vorjahr TEUR 216) auf Mieten, mit TEUR 39 (Vorjahr TEUR 39) auf zentrale Verwaltungsdienste, mit TEUR 30 (Vorjahr TEUR 15) auf Instandhaltungskosten, mit TEUR 23 (Vorjahr TEUR 26) auf Abfallentsorgung, mit TEUR 3 (Vorjahr TEUR 3) auf Kosten für den Betriebsarzt, mit TEUR 4 (Vorjahr TEUR 4) auf Abschluss- und Prüfungskosten und mit TEUR 8 (Vorjahr TEUR 10) auf sonstige Aufwendungen.

5. Sonstige Angaben

Geschäftsführung

Herr Ingo Goldammer, Diplom-Kaufmann, München (bis 31.12.2023)
Herr Christian Degen, Diplom Verwaltungswirt, Hohenwart

Die Geschäftsführer erhielten für ihre Tätigkeit in der Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mbH keine gesonderte Vergütung.

Prokurist

Frau Janine Kau, Pfaffenhofen a.d. Ilm

Aufsichtsrat

Die Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mbH ist nicht verpflichtet, einen Aufsichtsrat zu bestellen. Bevor die Geschäftsführer der Ilmtalklinik GmbH in den Gesellschafterversammlungen der Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mbH Beschlüsse fassen, haben sie jedoch die Zustimmung des Aufsichtsrates der Ilmtalklinik GmbH einzuholen.

Personal

Im Berichtsjahr waren im Jahresdurchschnitt in der Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mbH 74,25 (Vorjahr 69,5) Mitarbeiter (Köpfe), was 55,8 (Vorjahr 53,1) Vollkräften entspricht, beschäftigt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag haben keine wesentlichen sonstigen finanziellen Verpflichtungen oder Haftungsverhältnisse bestanden.

Honorare und Dienstleistungen des Abschlussprüfers

Für das Geschäftsjahr 2023 wurde vom Abschlussprüfer ein Gesamthonorar in Höhe von TEUR 4 berechnet. Das Honorar betrifft ausschließlich Abschlussprüferleistungen.

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Von der Ilmtalklinik GmbH wurden Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 310 bezogen und Lieferungen und Leistungen in Höhe von 2.681 erbracht.

Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss 2023 von EUR 3.709,06 auf neue Rechnung vorzutragen.

6. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag zum 31.12.2023 bestanden und weder in der Bilanz noch in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt wurden, ergaben sich aus dem im Februar 2022 begonnenen Krieg in der Ukraine. Es sind derzeit keine negativen wirtschaftlichen Konsequenzen und finanziellen Auswirkungen für das Unternehmen ersichtlich.

Pfaffenhofen, den 03.07.2024

Christian Degen
Geschäftsführer

**ILMTALKLINIK-DIENSTLEISTUNGSGESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG
PFAFFENHOFEN A.D. ILM**

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS IM GESCHÄFTSJAHR 2023

	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN				KUMULIERTE ABSCHREIBUNGEN				NETTOBUCHWERTE	
	1. Jan. 2023 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31. Dez. 2023 EUR	1. Jan. 2023 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31. Dez. 2023 EUR	31. Dez. 2023 EUR	31. Dez. 2022 EUR
IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE										
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.943,14	0,00	0,00	6.943,14	6.943,14	0,00	0,00	6.943,14	0,00	0,00
	<u>6.943,14</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>6.943,14</u>	<u>6.943,14</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>6.943,14</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
SACHANLAGEN										
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	541.669,55	16.336,35	0,00	558.005,90	459.169,55	19.881,35	0,00	479.050,90	78.955,00	82.500,00
	<u>541.669,55</u>	<u>16.336,35</u>	<u>0,00</u>	<u>558.005,90</u>	<u>459.169,55</u>	<u>19.881,35</u>	<u>0,00</u>	<u>479.050,90</u>	<u>78.955,00</u>	<u>82.500,00</u>
	<u><u>548.612,69</u></u>	<u><u>16.336,35</u></u>	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>564.949,04</u></u>	<u><u>466.112,69</u></u>	<u><u>19.881,35</u></u>	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>485.994,04</u></u>	<u><u>78.955,00</u></u>	<u><u>82.500,00</u></u>

**ILMTALKLINIK-DIENSTLEISTUNGSGESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG,
PFAFFENHOFEN A.D. ILM**

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2023

1. Grundlagen der Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mbH

1.1. Geschäftsmodell

Die Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mbH ist eine 100 %ige Tochter der Ilmtalklinik GmbH. Im Geschäftsjahr 2023 war die Gesellschaft in den Geschäftsbereichen Küche (Speisenproduktion für die Patienten der Ilmtalklinik GmbH, für die Danuvius Klinik GmbH und weitere externe Kunden), Physikalische Therapie (u. a. Krankengymnastik, Massagen für ambulante Patienten) und Reinigung (ausschließlich für die Ilmtalklinik GmbH) tätig.

Zum Stichtag 1. Januar 2015 wurde die Liquidation der Hand-in-Hand Verpflegungs-GmbH i. L. beschlossen, sodass seit diesem Zeitpunkt auch die Cafeteria am Standort Pfaffenhofen der Ilmtalklinik GmbH und das Küchenmanagement wieder in der Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mbH angesiedelt sind.

Der Standort der Gesellschaft ist Pfaffenhofen a. d. Ilm.

Das Geschäft der Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mbH hängt unmittelbar mit dem Leistungsgeschehen und der wirtschaftlichen Entwicklung der jeweiligen Kunden zusammen. Weiterhin beeinflussen auch die allgemeine wirtschaftliche Lage, die Lohnentwicklung und die Fachkräftesituation den Betrieb der Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mbH.

1.2. Ziele und Strategien

Zielsetzung der Geschäftsführung der Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mbH ist es, Dienstleistungen von höchster Qualität zu gewährleisten. Alle Handlungen und Bemühungen werden darauf ausgerichtet, den wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft fortzusetzen und auszubauen, damit einhergehend die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze sowie der Erhalt bzw. die Steigerung des Unternehmenswertes im Sinne des Gesellschaftszweckes und der Beschäftigten.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und gesundheitspolitische Entwicklungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war in den letzten Jahren bis auf das Jahr 2020 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2023 um 0,3 % niedriger als im Vorjahr. In den vorangegangenen beiden Jahren war das BIP in 2022 um 1,8 % und in 2021 um 3,2 % getiegen. Die wirtschaftliche Entwicklung war geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine sowie den extremen Energiepreiserhöhungen.

Im Jahresdurchschnitt 2023 waren rund 45,9 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Damit liegt die Zahl der Erwerbstätigen nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2023 mit 0,7 % über dem Vorjahr. Der Zuwachs erfolgt vor allem bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und in den Dienstleistungsbereichen.

Die Gesundheitswirtschaft gehört zu einer der größten Branchen in der deutschen Wirtschaft. Laut den letzten statistischen Erhebungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) beträgt die Bruttowertschöpfung der Gesundheitsbranche in Deutschland für das Kalenderjahr 2022 ungefähr 439,6 Mrd. Euro und verzeichnet damit seit 2006 in jedem Jahr ein positives Wachstum mit Ausnahme des Krisenjahres 2020. Insgesamt beträgt der Anteil der Gesundheitsbranche an der Gesamtwirtschaft 12,7 % und liegt damit auf dem Niveau des Vorjahres. Gegenüber dem Vorjahr ist die Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft um 7,9 % gestiegen und verzeichnet damit einen höheren Anstieg als die gesamte deutsche Volkswirtschaft mit 6,1 %.

Die Gesundheitsbranche wächst in der Regel - wie bereits dargestellt - stetig. Dieser Trend wird sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen, besonders im Hinblick auf die immer weiter steigende Altersstruktur der Bevölkerung. Diese Entwicklung wird sich auch in der Physikalischen Therapie spürbar zeigen.

Die Speisenversorgung in deutschen Krankenhäusern erfolgt weiterhin überwiegend in Eigenregie der jeweiligen Krankenhäuser, doch zeigt sich der Trend zu externen Dienstleistern deutlich. Gerade unter dem zunehmenden Kostendruck im Krankenhaussektor gewinnt dies immer mehr an Bedeutung. Auch im Bereich der Reinigung lässt sich dieser Trend des Outsourcings deutlich erkennen.

Auch die Personalbeschaffung verschärft sich weiterhin, sodass Unternehmen auch in diesem Bereich unter immer höherem Wettbewerbsdruck stehen, um gutes qualifiziertes und motiviertes Personal vorhalten zu können. Für die Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mbH ist im Hinblick auf die Personalgewinnung vor allem der Bereich der Physikalischen Therapie schwierig. Aber auch im Küchen- und Reinigungsbereich wird die Personalgewinnung und das langfristige Halten von gutem Personal immer schwieriger.

2.2. Geschäftsverlauf

Für den Geschäftsverlauf 2023 waren vor allem die folgenden Entwicklungen und Ereignisse ursächlich:

Um die hohen Preissteigerungen auffangen zu können, waren Preisanpassungen im Bereich Küche bei sämtlichen Abnehmern notwendig.

Die Personalaufwendungen stiegen aufgrund Zahlung eines Inflationsausgleiches an die Mitarbeiter. Zudem greift die Tariferhöhung von Oktober 2022 erstmalig ganzjährig.

Im Bereich der Physikalischen Therapie konnte der ambulante Bereich wieder etwas stabilisiert werden und dadurch eine Umsatzsteigerung erreicht werden.

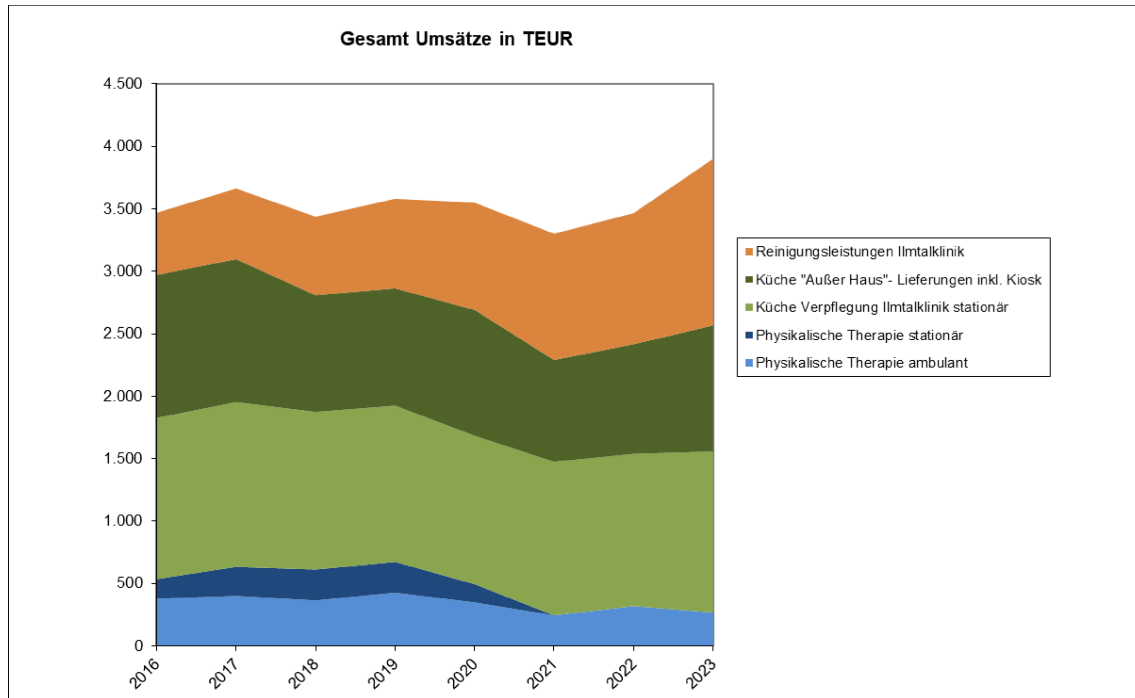
2.3. Lage

2.3.1. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Wesentlicher finanzieller Leistungsindikator für die Gesellschaft ist das Jahresergebnis.

2.3.2. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 4 (Vorjahr: Jahresfehlbetrag TEUR 47) ab.



Die Umsatzerlöse belaufen sich im Geschäftsjahr 2023 insgesamt auf TEUR 4.323 (im Vorjahr TEUR 3.671).

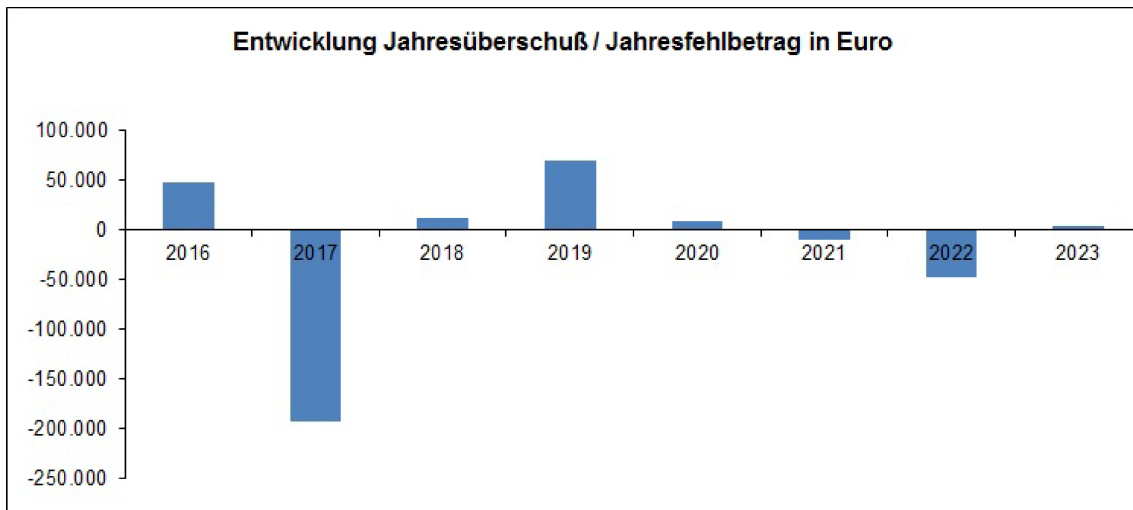
Die Umsatzerlöse im Bereich Küche sind mit insgesamt TEUR 2.599 zum Vorjahr (TEUR 2.355) deutlich gestiegen. Hier wurden vor allem Preisanpassungen durchgeführt.

Die Höhe der Umsatzerlöse der Physikalischen Therapie haben sich im Vergleich zum Vorjahr mit TEUR 390 (im Vorjahr TEUR 267) um TEUR 123 erhöht.

Im Bereich der Hauswirtschafts- bzw. Reinigungsdienstleistungen war eine erneute Steigerung der Erlöse um TEUR 284 auf TEUR 1.334 zu verzeichnen.

Die Betriebsleistung (hier Umsatzerlöse zzgl. sonstige betriebliche Erträge) belief sich im Geschäftsjahr 2023 auf TEUR 4.411 (im Vorjahr TEUR 3.693). Die Aufwendungen für die Betriebsleistung haben sich in absoluten Werten um TEUR 665 auf TEUR 4.406 erhöht, sodass sich ein Betriebsergebnis von TEUR 5 (im Vorjahr TEUR - 47) errechnen lässt.

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 4 ab. Im Vorjahr wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 47 ausgewiesen.



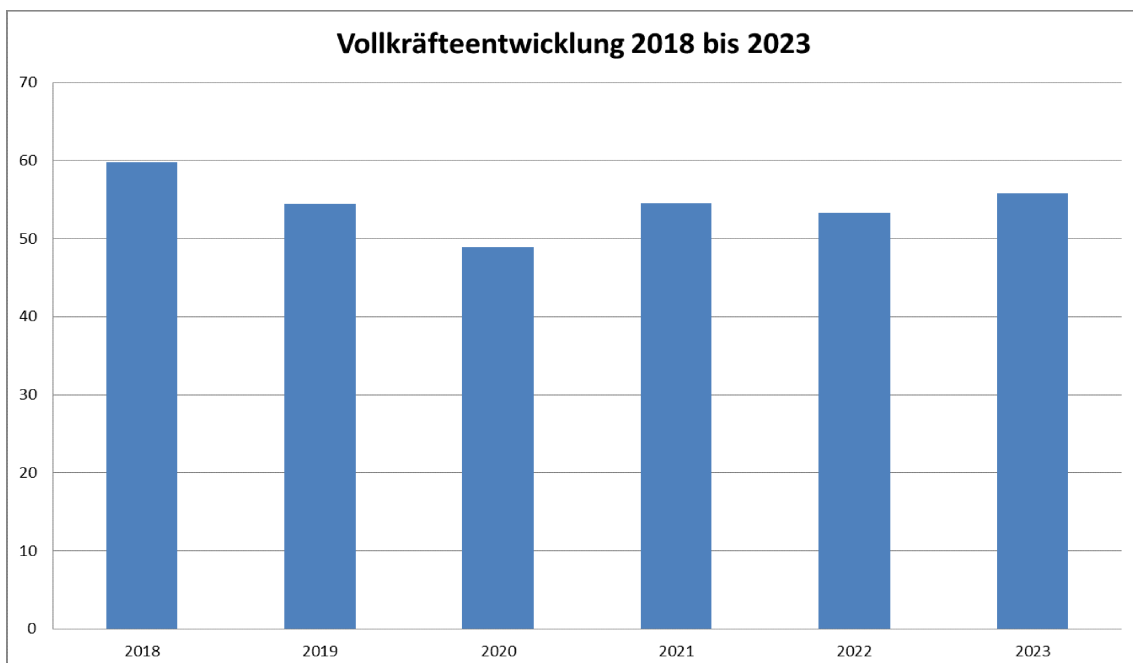
Mitarbeiterentwicklung

Beschäftigte zum Quartalsstichtag:

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
31.03.	82	80	64	72	68	68
30.06.	81	80	67	73	67	72
30.09.	84	63	69	69	71	79
31.12.	80	62	70	66	72	78
Schnitt	81,75	71,25	67,5	70	69,5	74,25

Beschäftigte Vollkräfte nach Dienstarbeit:

Bereich	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Physiotherapie	14,5	8,1	0	0	0	0
Küche/Kiosk	25,2	23,4	22,9	24,9	24,4	24,8
Hauswirtschaft/Reinigung	20,1	22,9	26,0	29,6	28,7	31,0
Summe Dienstl.GmbH	59,8	54,4	48,9	54,5	53,1	55,8



2.3.3. Finanzlage

Wesentliche Finanzkennzahlen stellen sich wie folgt dar:

	2023	2022
Liquidität 1. Grades	3,9 %	9,1 %
Liquidität 2. Grades	112,0 %	121,3 %
Liquidität 3. Grades	117,5 %	122,0 %

Der Finanzmittelfonds entwickelte sich entsprechend der nachfolgenden Kapitalflussrechnung:

	2023 EUR	2022 EUR
1. Jahresergebnis	4	-47
2. Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+20	+33
3. Veränderung der Rückstellungen	-24	+67
4. Veränderung der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstiger Aktiva	-121	+54
5. Veränderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstiger Passiva	81	-5
6. Zinsaufwendungen	1	0
7. Cashflow aus der laufende Geschäftstätigkeit	-39	+102
8. Investitionen in das Anlagevermögen	-16	-26
9. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-16	-26
10. Darlehenstilgung	0	0
11. gezahlte Zinsen	-1	0
12. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-1	0
13. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-56	+76
14. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+41	-35
15. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-15	+41

Die Eigenkapitalrendite betrug im Geschäftsjahr 2023 +2,1 % (Vorjahr: -27,5 %).

2.3.4. Vermögenslage

Die Vermögenslage (in EUR) stellt sich im Vergleich der Bilanzstichtage wie folgt dar:

	2023	2022	Veränderung
A) Anlagevermögen	79	83	-4
B) Umlaufvermögen	646	545	101
Summe Aktiva	725	628	97
A) Eigenkapital	175	172	3
B) Rückstellungen	108	132	-24
C) Verbindlichkeiten	442	324	118
Summe Passiva	725	628	97

Das Eigenkapital der Gesellschaft hat sich vor dem Hintergrund des im Geschäftsjahr 2023 entstandenen Jahresüberschuss in Höhe von von TEUR 4 auf TEUR 175 erhöht. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 24,2 % (im Vorjahr 27,4 %).

Die Verbindlichkeiten bestehen vor allem gegenüber Gesellschaftern in Höhe von TEUR 277 (Vorjahr: TEUR 211) und aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 108 (Vorjahr: TEUR 100).

2.3.5. Gesamtaussage

Aufgrund der enormen Preissteigerungen vor allem im Lebensmittelbereich konnte das geplante Ergebnis des Wirtschaftsplans nicht erreicht werden und die Gesellschaft schließt mit einem geringeren Jahresüberschuss von TEUR 4 ab. Jedoch konnte das Jahresergebnis deutlich zum Vorjahr verbessert werden.

3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

3.1. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2024 sieht der Wirtschaftsplan ein Jahresfehlbetrag von TEUR 15 vor.

Die Planung sieht dabei eine Reduzierung der Erträge von rund 47 TEUR vor. Dies ist vor allem durch die einmalige Übernahme des Inflationsausgleiches in 2023 durch die Ilmtalklinik begründet. Gegenläufig wirken Tarifsteigerungen und die dadurch begründeten höheren Verrechnungen im Bereich Reinigung. Zudem sind auch die Preise pro Beköstigungstag an die neue Kostensituation anzupassen. Allerdings können die Preiserhöhungen nicht die Mengenreduzierung, die durch die geplante Reduzierung der Fälle in der Ilmtalklinik entsteht, ausgleichen. Durch die offenen Stellen im Bereich der Physikalischen Therapie sinken die Erträge in diesem Bereich. Wir gehen davon aus, dass Mitte des Jahres die offenen Stellen wieder besetzt werden können und die Erträge somit wieder steigen.

Die Aufwendungen reduzieren sich demgegenüber nur gering. Der geplanten Tarifierhöhung von 4 Prozent und dem Stellenaufbau stehen geringere Lebensmittelkosten, begründet durch die Reduzierung der Fälle in der Ilmtalklinik und dementsprechend weniger Beköstigungstagen, gegenüber.

3.2. Chancenbericht

Für die Gesellschaft werden insbesondere folgende Chancen gesehen:

- Das Leistungsspektrum der Physikalischen Therapie kann noch stärker gewinnorientiert ausgerichtet werden
- Zusätzliche Leistungsbereiche könnten erschlossen werden, z. B. durch Einbindung eines Osteopaten
- Der Anteil der Selbstzahler sollte weiter vergrößert werden

3.3. Risikobericht

Über regelmäßige Besprechungen und zeitnah erstellte betriebswirtschaftliche Auswertungen sind die Verantwortlichen der Gesellschaft in der Lage, die relevanten Einflussfaktoren (z. B. Belegungsentwicklung in den für die Gesellschaft relevanten Häusern oder die Personal- und Sachkostenentwicklung) auf die zukünftige Entwicklung zeitnah zu identifizieren und entsprechende Maßnahmen herbeizuführen.

Durch die Einbettung der Gesellschaft in die Ilmtalklinik GmbH bzw. die enge Verbindung der Gesellschaft zur Danuvius Klinik GmbH besteht grundsätzlich ein geringes Umsatzausfallrisiko. Soweit es dennoch bei den Partnerkrankenhäusern zu einem wesentlichen Rückgang der Belegung kommen sollte, könnte mit einer Anpassung des Personals reagiert werden.

Für die Gesellschaft bestehen derzeit wesentliche Risiken:

- Steigende Personal-Vergütungen im Wettbewerbsumfeld
- Fachkräftemangel und Verzögerungen in der Personalbeschaffung
- Wegfall einzelner ambulanter Therapien aus dem Katalog der Krankenkassen
- Umsatzrückgang durch Belegungs- und Leistungsrisiken der Hauptabnehmer

3.4. Gesamtaussage

Für die Ilmtalklinik Dienstleistungs-GmbH ist auf Grundlage der hier dargestellten Rahmenbedingungen und Aussichten weiterhin eine restriktive Wirtschaftsführung geboten. Die engen Rahmenbedingungen und die neuen Herausforderungen werden sich über die Ilmtalklinik GmbH auch auf die Dienstleistungs-GmbH auswirken. Insbesondere im Bereich der ambulanten Physikalischen Therapie sowie der Reinigung sollten die Prozesse beleuchtet und gegebenenfalls umgestellt werden.

Es sind derzeit keine weiteren negativen wirtschaftlichen Konsequenzen aus dem im Februar 2022 begonnenen Krieg in der Ukraine für das Unternehmen ersichtlich.

Pfaffenhofen, den 03.07.2024

Christian Degen
Geschäftsführer

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Pfaffenhofen a.d. Ilm

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Pfaffenhofen a.d. Ilm, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Pfaffenhofen a.d. Ilm, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungs-

legungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfol-

gerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hof, 03. Juli 2024

SGH Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

André Lorenz
Wirtschaftsprüfer

Josef Hauke
Wirtschaftsprüfer

RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

- Firma Ilmtalklinik-Dienstleistungsgesellschaft mit beschränkter Haftung
- Gründung 02.10.1998
- Sitz Pfaffenhofen a.d. Ilm
- Handelsregister-Eintragung Amtsgericht Ingolstadt
HRB 190804
letzte Eintragung vom 04.01.2024, Abberufung GF Ingo Goldammer
- Gesellschaftsvertrag Gültig i. d. F. vom 17.12.2012 (Urkunde 2062/2012 des Notars Heinrich Saalfeld)
- Geschäftsjahr Kalenderjahr
- Gegenstand des Unternehmens Die Erbringung von Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit der ambulanten und stationären Krankenhausversorgung der Bevölkerung durch die Ilmtalklinik-GmbH anfallen ohne spezifisch ärztlicher oder krankenpflegerischer Natur zu sein. Dazu gehören insbesondere Küchendienstleistungen, die Gebäudereinigung, die Versorgung mit Wäsche, der Hygienesdienst, Transportdienste, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an Geräten und Gebäuden und das sonstige Facility-Management.
- Stammkapital EUR 51.129,19 (voll eingezahlt)
- Gesellschafter/-in Ilmtalklinik GmbH, Pfaffenhofen (100%)
- Geschäftsführung/Vertretung
 - Herr Ingo Goldammer, München (bis 31.12.2023)
 - Christian Degen, HohenwartJeder Geschäftsführer sind einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis, im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.
- Prokuristen
 - Frau Janine Kau, Pfaffenhofen a.d. Ilm

- Gesellschafterversammlungen
 - 12. Juli 2023
 - Feststellung des Jahresabschlusses der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022
 - Beschlussfassung über Ergebnisverwendung
 - Entlastung der Geschäftsführer Ingo Goldammer und Peter Lenz für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2022
 - 29. November 2023
 - Abberufung von Herrn Ingo Goldammer als Geschäftsführer zum 31. Dezember 2023
 - Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

PRÜFUNG DER ORDNUNGSMÄSSIGKEIT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG UND DER WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE NACH § 53 HGrG (IDW PS 720)

1. Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Es besteht keine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat. Für die Geschäftsführung liegt eine Geschäftsordnung vor. Ein Geschäftsverteilungsplan liegt nicht vor. Im Gesellschaftsvertrag sind die Zuständigkeiten der Organe und die Geschäftsverteilung umfassend geregelt.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr 2023 haben drei Gesellschafterversammlungen stattgefunden. Die Niederschriften lagen uns vor.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Die Geschäftsführer waren auskunftsgemäß in keinem weiteren Aufsichtsrat oder Kontrollgremium tätig.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Organmitglieder erhalten keine Vergütung.

2. Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Ein Organigramm, aus dem der Organisationsaufbau ersichtlich ist, liegt vor. Gesonderte schriftliche Regelungen gibt es aufgrund der überschaubaren Struktur nicht. Das Organigramm wird regelmäßig überprüft. Querschnittsfunktionen (z.B. Rechnungswesen, EDV, Personal und Einkauf) werden über die Ilmtalklinik GmbH, Pfaffenhofen a.d. Ilm, abgedeckt.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?
Es gibt keine Anhaltspunkte, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird.
- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?
Im Bereich Debitoren, Kreditoren und Zahlungsverkehr gilt das Vier-Augen-Prinzip, mit dessen Hilfe Korruptionsfälle verhindert werden sollen. Weitere Vorkehrungen wurden nicht getroffen.
- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?
Grundsätzlich sind diese Bereiche im Gesellschaftsvertrag, in den Managementgrundsätzen, im Qualitätshandbuch und in Stellenbeschreibungen geregelt, die auf Ebene der Ilmtalklinik GmbH, Pfaffenhofen a. d. Ilm, implementiert sind, aber auch die Gesellschaft beinhalten. Der Bereich Rechnungswesen wird durch die Ilmtalklinik GmbH abgedeckt. Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Hinweise ergeben, dass die Richtlinien nicht eingehalten wurden.
- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?
Das Vertragswesen der Gesellschaft wird zentral verwaltet. Sämtliche Verträge sind systemseitig abgelegt und ordnungsgemäß dokumentiert.

3. Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?
Das Planungswesen entspricht grundsätzlich den Bedürfnissen des Unternehmens.
Es liegt jeweils für das Folgejahr eine Finanz-, Investitions-, Personalplanung und eine Planung der Gewinn- und Verlustrechnung (enthalten im jährlichen Wirtschaftsplan) vor.
- b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?
Planabweichungen werden von der Geschäftsführung vierteljährlich im Rahmen von Plan-/Ist-Analysen untersucht.
- c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?
Das Rechnungswesen ist extern bei der Ilmtalklinik GmbH, Pfaffenhofen a. d. Ilm, angesiedelt. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert. Es ist eine Kostenrechnung mit einer Kostenarten- und Kostenstellenrechnung eingerichtet. Die Kostenstellenrechnung umfasst die Kostenstellen Küche, Physikalische Therapie und Hauswirtschaft/Reinigung. Das Rechnungswesen entspricht den Anforderungen des Unternehmens.
Im Geschäftsjahr 2011 erfolgte die Umstellung von Rechnungswesen und Kostenrechnung auf SAP auf Basis eines Kooperationsvertrages mit den Kliniken im Naturpark Altmühltal. Dazu wurde das Rechenzentrum an der Klinik in Eichstätt zentralisiert.

- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Die Liquidität wird täglich anhand gesonderter Auswertungen auf der Ebene Muttergesellschaft überwacht.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Es besteht kein zentrales Cash-Management.

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

In der Regel erfolgt die Abrechnung der Entgelte zeitnah. Bei wesentlichen Verträgen werden Abschlagszahlungen angefordert.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?

Das betriebswirtschaftliche Controlling ist bei der Verwaltungsleitung angesiedelt und wird kontinuierlich verbessert und ausgebaut.

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

In den Konzernunternehmen besteht Geschäftsführeridentität. Die Tochtergesellschaften werden von der Ilmtalklinik GmbH verwaltet. Dadurch ist die Steuerung und Überwachung der Tochterunternehmen sichergestellt.

4. Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Im Rahmen der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG ist auch festzustellen, ob die Geschäftsführung ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet hat und ob dieses geeignet ist, seine Aufgaben zu erfüllen.

Ein solches System umfasst grundsätzlich drei Ebenen:

1. Identifikation von Risiken
2. Einstufung der Risiken nach Eintrittswahrscheinlichkeit und möglicher Höhe des Schadens
3. Einrichten von Kontrollen und Steuerungsmöglichkeiten der als maßgeblich eingestuften Risiken bzw. Überprüfung bereits eingerichteter Instrumente auf deren Effektivität bzw. Notwendigkeit

Entsprechend § 8 der Satzung unterstützt der Landkreis Pfaffenhofen die Liquiditätssicherung der Gesellschaft. Durch die Überprüfung etwaiger Abweichungen im Rahmen der Plan-Ist-Analyse können finanzielle Risiken frühzeitig erkannt werden.

Darüber hinaus finden regelmäßig Prüfungen durch das Gesundheitsamt gemäß Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetz statt. In einem jährlichen Überwachungsaudit durch einen externen Zertifizierer wurde die Übereinstimmung des Managementsystems mit den Anforderungen der DIN EN ISO 9001:2015 geprüft. Hier ergaben sich keine Beanstandungen.

Im Geschäftsjahr 2022 wurden die vorhandenen Elemente zur Erkennung und Steuerung von Risiken weiter strukturiert und zusammengefügt.

Ein geschlossenes Risikofrüherkennungssystem besteht seit dem Berichtsjahr 2017.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Ja, die Maßnahmen reichen aus. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass Maßnahmen nicht durchgeführt werden.

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Ja.

- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Ja.

5. Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Der Fragenkreis 5 trifft auf die Gesellschaft nicht zu, da keine entsprechenden Geschäfte getätigt werden und auch in Zukunft nicht geplant sind.

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:
- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
 - Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
 - Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
 - Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?
- n/a
- b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?
- n/a
- c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf
- Erfassung der Geschäfte
 - Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
 - Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
 - Kontrolle der Geschäfte?
- n/a
- d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?
- n/a
- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?
- n/a
- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?
- n/a

6. Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Nein, es besteht derzeit noch keine eigene interne Revision.

- b) Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Vgl. Antwort zu Frage 6a).

- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Vgl. Antwort zu Frage 6a).

- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Vgl. Antwort zu Frage 6a).

- e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Vgl. Antwort zu Frage 6a).

- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Vgl. Antwort zu Frage 6a).

7. Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Für zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte wurde die Zustimmung des Aufsichtsrates der Muttergesellschaft eingeholt.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Es wurden im Geschäftsjahr keine Kredite an Mitglieder der Geschäftsführung oder des Überwachungsorgans gewährt.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Nein.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Nein.

8. Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Investitionen werden angemessen geplant und entsprechend geprüft. Alle vorhersehbaren Investitionen sind im Wirtschaftsplan enthalten, der vom Aufsichtsrat der Ilmtalklinik GmbH genehmigt wird.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Nein.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Die Investitionen werden laufend überwacht und die Abweichungen untersucht.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Wesentliche Überschreitungen haben sich nicht ergeben.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden.

9. Vergaberegelungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Im Rahmen unserer Prüfung wurden keine eindeutigen Verstöße gegen Vergaberegelungen festgestellt.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Angebote werden, soweit erforderlich, eingeholt und berücksichtigt.

10. Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Dem Aufsichtsrat der Ilmtalklinik GmbH wird in jeder Sitzung Bericht erstattet. Darüber hinaus besteht ein regelmäßiger Kontakt zwischen Geschäftsführung und Aufsichtsrat der Ilmtalklinik GmbH zu wesentlichen Themenbereichen.

Nach § 6 der Satzung haben die Mitglieder der Geschäftsführung der Ilmtalklinik GmbH in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft die Zustimmung des Aufsichtsrates der Ilmtalklinik GmbH einzuholen.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Berichte sind ausführlich gestaltet und vermitteln einen zutreffenden Einblick. Ergänzend erhalten die Aufsichtsratsmitglieder bei mündlichen Vorträgen Tischvorlagen.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Der Aufsichtsrat der Ilmtalklinik GmbH wird regelmäßig angemessen und zeitnah informiert. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen und wesentliche Unterlassungen lagen nicht vor.

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Der Aufsichtsrat der Ilmtalklinik GmbH hatte keine besonderen Wünsche zur Berichterstattung der Ilmtalklinik Dienstleistungs-GmbH in 2023.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Es gibt keine Anhaltspunkte für eine unzureichende Berichterstattung.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Die D&O Versicherung ist in der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung mit enthalten. Die Versicherungssumme für Vermögensschäden je Versicherungsfall beläuft sich auf EUR 3.000.000,00, die Jahreshöchstleistung auf EUR 9.000.000,00. Die Versicherung umfasst auch die Tätigkeit der Geschäftsführer. Weiterhin ist die Tochtergesellschaften der Ilmtalklinik GmbH mit-versichert.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Es wurden keine Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsführung oder des Überwachungsorgans gemeldet.

11. Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Die Gesellschaft hat kein offenkundiges nicht betriebsnotwendiges Vermögen.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Die Bestände sind nicht auffallend hoch oder niedrig.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Nein.

12. Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Die externen Finanzierungsquellen setzen sich aus Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (TEUR 277), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 108) und sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 21) zusammen. Dem stehen als interne Finanzierungsquellen insbesondere das Eigenkapital mit TEUR 175 gegenüber.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Die Finanzlage der Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag stabil. Zudem besteht gemäß Satzung (§ 8) eine Liquiditätssicherungsverpflichtung des Landkreises Pfaffenhofen a. d. Ilm, Gesellschafter der Muttergesellschaft Ilmtalklinik GmbH, Pfaffenhofen a. d. Ilm. Zum 31. Dezember 2023 bestand ein Kontokorrentkredit von TEUR 36 (Vorjahr TEUR 0).

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Die Gesellschaft hat keine Mittel erhalten.

13. Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 175 (Vorjahr TEUR 172) bzw. 24,2 % (Vorjahr 27,4 %) der Bilanzsumme. Finanzierungsprobleme bestanden während des Geschäftsjahres nicht.

- b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Geschäftsführer schlägt vor, den Jahresüberschuss 2023 von TEUR 4 auf neue Rechnung vorzutragen. Die Behandlung des Jahresüberschusses ist mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar.

14. Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Das Betriebsergebnis setzt sich aus folgenden Segmenten zusammen: Hauswirtschaft/Reinigung, Physikalische Therapie und Küchenleistungen.

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Jahresergebnis ist vor allem durch hohe Preissteigerungen sowie erhöhte Personalaufwendungen aufgrund des neu geltenden Mindestlohns geprägt.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Es haben sich keine derartigen Hinweise ergeben.

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Trifft nicht zu.

15. Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Nein.

- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Vgl. Antwort zur Frage 15a).

16. Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Kein Jahresfehlbetrag

- b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Siehe 16 a)